

roter Käfer

September 2026



Betriebszeitung von SDAJ und DKP bei Volkswagen

Großangriff auf VW-Beschäftigte

Seit Anfang Juli herrscht Unklarheit über die Pläne des VW-Vorstandes: zu den Gerüchten um die Vernichtung von bis zu 120.000 Arbeitsplätzen und der Schließung von vier Werken kamen Gerüchte über Pläne zum Umbau der Konzernstruktur. Wollen Anteilseigner und Vorstand das VW-Gesetz unterlaufen?

Auf den Sonderbetriebsversammlungen Ende August versuchte der Vorstand die Belegschaften zu beruhigen. Er stellte eine vermeintliche Zukunftsstrategie vor, um eine Woche später doch wieder mit Stellenabbau und Werkschließungen um die Ecke zu kommen.

Klar ist nur eins: Der Vorstand hat das Ziel 8 – 10 % Umsatzrendite und wird dafür alles in Bewegung setzen!

Steht Volkswagen vor dem Ruin?

Die Erzählung von einer „existenzbedrohenden Situation“ hält den Zahlen nicht stand: Selbst 2025 verdiente der Konzern operativ noch 8,9 Milliarden Euro. Das ist deutlich weniger als die 19 bis 23 Milliarden Euro der Spitzenjahre 2019 bis 2024, aber von Existenznot kann keine Rede sein. VW hat ein Renditeproblem, kein Ruinproblem. Und ein Renditeproblem ist nicht das Problem der Beschäftigten, speist sich die Rendite doch genau aus unserer unbezahlten Mehrarbeit.

Wenn trotz Milliardenprofiten Stellenabbau und Werkschließungen gefordert werden, wird sichtbar: In der aktuellen Situation ist nicht die Arbeit unrentabel, sondern die Profitansprüche

des Kapitals sind unbefriedigt. Machen wir uns nicht die Ziele des Vorstandes und der Anteilseigner zu eigen, glauben wir nicht die Märchen, die sie uns erzählen!

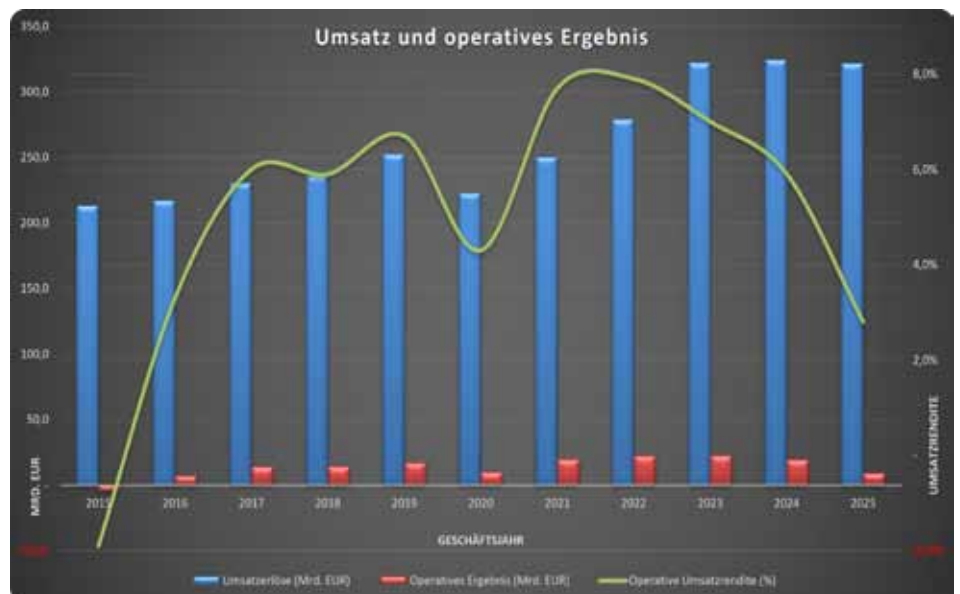
Vorgezogene Aufsichtsratssitzung

Vor allem mit der Zustimmung zu dem nun über allem stehenden Renditeziel werden alle Appelle zum Zusammenstehen hohl klingen, egal wie dröhnend sie vorgetragen werden. Die Belegschaften der einzelnen Werke werden gegeneinander ausgespielt. Die Chance, bei VW auf Arbeitszeitverkürzung, Innovationsoffensive, eine internationale Politik der Kooperation statt Konfrontation zur Neuöffnung der Märkte, zum Beispiel in Osteuropa, zu setzen, ist jedenfalls erstmal vertan. Sie kann nur

aus den Hallen heraus auf die politische Tagesordnung gesetzt werden. Dazu gehört auch, Öffentlichkeit herzustellen - Geheimdiplomatie lähmt den notwendigen Widerstand.

Worum es nun gehen muss

Bei aller Unzufriedenheit sind weder IG Metall noch der Betriebsrat verantwortlich für die aktuelle Situation. Wir müssen uns einbringen und Druck machen, auch auf unsere Leute in den Gremien und der Mitbestimmung. Das Handtuch zu werfen, aus der Gewerkschaft auszutreten und Stimmung zu machen gegen unseren Betriebsrat hilft am Ende nur denen, die nun wieder die Abrissbirne schwingen. Bringen wir uns ein, nutzen wir die Versammlungen, um zu diskutieren. Kommen wir raus aus der Rolle des Hoffens und werden wir aktiv!



„Zusammenhalt ist unsere stärkste Marke“



Unter diesem Motto hat die IG Metall die Beschäftigten der Automobil- und Zulieferbetriebe bundesweit zu betrieblichen Aktionen am 21. September aufgerufen. Im Juli hatten bereits Zehntausende bei Mercedes, Volkswagen,

Audi, Porsche, MAN und CARIAD an betrieblichen Protesten teilgenommen.

„Wir sollen länger arbeiten. Später in Rente gehen. Und bei der Gesundheitsversorgung immer tiefer in die eigene

Tasche greifen. Gleichzeitig sollen in den kommenden Jahren zehntausende Industriearbeitsplätze verschwinden. All das ist ein direkter Angriff auf uns Arbeitnehmer und auf die Zukunft unserer Kinder“, so die IG-Metall-Vertrauenskörperlleitungen bei Mercedes-Benz in einem Offenen Brief an den Bundeskanzler.

In einem weiteren Brief an den IG Metall Vorstand machen sie deutlich: „Unsere Interessen werden nicht dadurch verwirklicht, dass wir die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit ausblenden. Sie werden allein durch Arbeitskampf, also durch Protest, Widerstand und notfalls durch Streik, durchgesetzt. Nur so können wir die Profitlogik dort zurückdrängen, wo sie unseren Arbeits- und Lebensbedingungen entgegensteht.“



Paula und Blumes Ideen

Unser oberster Chef ist schon ein echter Dramatiker.

Erst erschrickt er gar fürchterlich, als er mit seinem Finanzvorstand

über sinkende Gewinne stolpert. Wohlgemerkt über Gewinne, nicht etwa Verluste.

Dann erfindet er die bekannte Unternehmer-Arznei „Jobabbau“ neu. Als Allheilmittel gegen die altbekannten VW-Probleme: China, Antriebstechnik, Fahrzeugabsatz, Arbeitskosten

und US-Zölle und meint, das mit dem Abbau von rund 50.000 Arbeitsplätzen hinzukriegen.

Nicht einmal zwei Jahre später reicht ihm das nicht mehr: er bringt weitere 50.000 Arbeitsplätze ins Abbaugerade ein und zusätzlich die Abstoßung von vier Werken.

So bringt man Furcht und Schrecken über seine „lieben Kolleginnen und Kollegen“.

Prachtvolle Ideen für ein Chefgehalt von 7,4 Mio € letztes Jahr. Den Vorschlag hätte auch ein Betriebswirtschaftsstudent im 3. Semester mit

Bafög-Bezug noch geschafft. Und wenig später erklärt derselbe Blume ganz aufgeklärt, Werksschließungen seien nicht besonders schlau. Ja, das nenne ich mal wendig.

Da freut man sich schon auf die nächsten, dann aber hoffentlich schlauerer Ideen aus der Vorstandsetage. Die Arbeitskosten bei uns betragen im Übrigen nur 17 % und Autos kaufen keine Autos, soll schon Henry Ford festgestellt haben...

Deine Kollegin

Paula

Rüstungsproduktion bei VW – Ausweg oder Sackgasse?

Als Beschäftigter in der deutschen Automobilindustrie kann man sich aktuell fühlen wie ein Passagier auf der sinkenden Titanic. Aufgrund von zunehmendem Konkurrenzdruck und Renditeerwartungen der Vorstands- und Aktionärsetagen, bangen große Teile der knapp 700.000 Beschäftigten in der Branche vor einem Verlust des einst so sicheren Arbeitsplatzes. Nachdem Volkswagen mit dem 2024 vereinbarten Sparprogramm eine beispiellose Abzocke an den Beschäftigten vormachte,

Unter den aktuellen politischen Rahmenbedingungen, der massiven Militarisierung Deutschlands und einem Schwund von über 40.000 Stellen in der Automobilindustrie allein im Jahr 2025 scheint der Umstieg auf militärische Produktion fast wie eine logische Konsequenz. Doch ist die Rüstungsbranche eine nachhaltige Perspektive?

In der "Sicherheits- und Verteidigungsindustrie" arbeiten siebenmal weniger Beschäftigte, sodass schnell klar wird,

Aufrüstung ausgeben, fehlt dieses Geld in genau diesen Bereichen.

Zudem gilt die Rüstungsindustrie als besonders kritisch, was die Einschränkung vieler unserer wichtigsten Rechte als Lohnabhängige mit sich bringt: Möglichkeiten zur Einschränkung des Streikrechts, Anordnungen zu extremer Arbeitszeitausdehnung, Überwachung der politischen und persönlichen Kontakte oder Zwangsverpflichtungen durch das Arbeitssicherstellungsgesetz.

Auch auf unsere persönliche Sicherheit hat so ein Umbau weitreichende Folgen: Als Automobilhersteller ist das Unternehmen auf den stetigen Absatz von Autos angewiesen. Als Produzent von Militärfahrzeugen wird Krieg an sich jedoch zur Notwendigkeit eines nachhaltigen Absatzes.

Statt Milliarden in das Rüstungsgeschäft zu investieren, brauchen wir Investitionen in alternative zivile Produktion wie ÖPNV, um Arbeitsplätze zu sichern. Nach den Vorstellungen des

Vorstandes und der Aktionäre sollen wir uns einem tödlichen Risiko aussetzen, während sie ihre Renditeziele Jahr für Jahr nach oben schrauben.

Das müssen wir verhindern und jetzt mit unseren Kolleginnen und Kollegen, aber auch innerhalb unserer IG Metall diskutieren, dass wir alternative zivile Produkte brauchen und der Umbau zu militärischer Produktion eine tödliche Sackgasse ist!



VW-Kübelwagen 1942 in Nordafrika. Jetzt wieder für den Krieg produzieren? Haben wir nichts dazu gelernt?
Quelle: Bundesarchiv, Bild 101I-784-0228-29A/Moosmüller/CC-BY-SA 3.0

ließen sich auch die Unternehmensspitzen von Daimler, BMW und anderen Herstellern nicht lumpen, ähnliche Programme gegen die Interessen der Belegschaft durchzusetzen.

Während bereits einige zivile Produktionsstätten von Rüstungsunternehmen wie KNDS und Rheinmetall übernommen wurden, will auch der Volkswagen-Vorstand stärker in das Geschäft einsteigen. So wurde erst Anfang September entschieden, dass der VW-Standort in Osnabrück an das Land Niedersachsen und den israelischen Rüstungsinvestor Aurelius Capital verkauft wird, damit dort zukünftig ein „Kompetenzzentrum der Verteidigungsindustrie“ entstehe.

dass der Schwund an Arbeitsplätzen schlicht nicht aufgefangen werden kann. Stattdessen kommt eine Studie der Uni Mannheim zu dem Schluss, dass Investitionen in zivile Produktion und öffentliche Bereiche einen deutlich größeren Effekt auf die Wirtschaftsentwicklung haben.

So führe jeder investierte Euro in die Rüstungsindustrie lediglich zu 50 Cent erhöhter Wirtschaftsleistung, während es in den Bereichen Bildung, Infrastruktur und Öffentliche Daseinsvorsorge 2 bis 3 Euro seien.

Wenn die Regierung aber stattdessen jedes Jahr steigende Milliarden für die

Impressum:
Herausgeber: DKP Niedersachsen-Bremen, SDAJ Niedersachsen
V.i.S.d.P.: Achim Bigus
Göttinger Straße 58, 30449 Hannover



Der neue Wehrdienst ist da



die Schülerinnen und Schüler. Aber auch junge Beschäftigte aus der Metall- und Elektroindustrie legen ihr Veto ein: Unter dem Motto „Nicht meine Pflicht“ protestiert die IG-Metall-Jugend gegen die Wiedereinführung. „Krieg und die Vorstellung davon dürfen nicht normalisiert werden. Frieden ist und bleibt das Ziel gewerkschaftlicher Politik und muss das Ziel des Staates sein.“, führt die Gewerkschaftsjugend dazu aus.

Unterstützen wir unsere jungen Schülerinnen und Schüler, Azubis und unsere Kinder im Kampf für eine Zukunft ohne Pflichtdienst an der Waffe. Machen wir friedenspolitische Gewerkschaftsbeschlüsse bekannt und diskutieren darüber

mit unseren KollegInnen. Stärken wir die entsprechenden Gewerkschaftsstrukturen und unterstützen wir die Schulstreiks durch Initiativen wie „Eltern gegen Wehrpflicht“. Für Frieden und Diplomatie als Ziel staatlichen Handelns!

Die Broschüre „Friedenspolitische Gewerkschaftsbeschlüsse“ findet ihr hier:

Das Wehrdienstmodernisierungsgesetz, welches zu Beginn des Jahres in Kraft getreten ist, umfasst trotz der in den Medien behaupteten „Freiwilligkeit“ explizit die Option einer sog. Bedarfswehrpflicht.

Falls die Zahl der freiwillig Wehrdienstleistenden den Zielzahlen der Bundesregierung nicht entspricht, ist die Rückkehr zu einer echten Wehr-Pflicht damit sehr wahrscheinlich. Auch die Pläne zum neuen Zivildienst dienen der Vorbereitung der Wiedereinführung einer neuen Wehrpflicht.

Dagegen regt sich Widerstand, vor allem unter denjenigen, die vom Wehrdienst betroffen sein werden: In über 120 Städten streikten seit Dezember



Termine und Ankündigungen

25.9.2026

Schulstreik gegen die Wehrpflicht

„An diesem Tag finden zum dritten Male bundesweit in vielen Orten Schulstreiks gegen die drohende Wehrpflicht statt. Mehr Infos gibt es bei den Schulstreikkomitees oder -bündnissen vor Ort.“

26.9.2026

Bundesweiter Sozialprotest in 15 Städten

An diesem Tag mobilisieren unsere Gewerkschaften zusammen mit anderen Organisationen zum Protest gegen den Sozialkassenschlag der Bundesregierung. Während das Kapital Monat für Monat zehntausend Jobs streicht, sollen wir für die Kriegstüchtigkeit der Regierung den Gürtel enger schnallen.

3.10.2026

Nein zu Hochrüstung, Wehrpflicht und Krieg! Für Frieden, demokratische Rechte und soziale Sicherheit!

Zahlreiche Organisationen und Gruppen aus der Friedensbewegung rufen für den 3. Oktober 2026 erneut zu einer bundesweiten Demonstration in Berlin und Stuttgart auf.

Weitere Infos gibt es hier: www.nie-wieder-krieg.org

Ihr wollt mitkommen? „Es gibt Busse oder gemeinsame Anreisen mit der Bahn“

Kontakt:

www.roter-kaefer.de
redaktion@roter-kaefer.de

@dkpniedersachsen
 @dkpbraunschweig
 @dkp_os

@dkp_hannover
 @sdaj_hannover
 @sdaj_osnabrück
 @sdaj.kassel
 @sdaj.braunschweig



„Du hast Anregungen, Kritik oder willst den roten Käfer das nächste Mal bequem online lesen? Schreib uns!“